

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölfmal.

Abonnements-Preis:

vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:

die dreispaltige Zeile 40 Pf.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verloosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierbei als V. Beilage: No. 16 der Allgem. Verloosungs-Tabelle.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 5. April. (C. T. C.) In der heutigen Generalversammlung der Feuer-Versicherungsgesellschaft „Colonia“ wurde die Dividende pro 1878 auf 55 % des Einschusses festgesetzt.

Wien, 5. April. (C. T. C.) Die Einnahmen der Französisch-Oesterreichischen Staatsbahn betragen in der Woche vom 26. März bis zum 1. April 496,663 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 15,335 fl.

Pest, 4. April, Abends. (C. T. C.) Unterhaus. In Beantwortung der wegen der Ostrumelischen Frage eingebrachten Interpellation erklärte Ministerpräsident Tisza, die Verhandlungen seien im Zuge, er könne aber, so lange kein Beschluss gefasst sei, keine näheren Mittheilungen machen. Der Zweck und die Tendenz der Verhandlungen gehe am Besten aus der Thatsache hervor, dass die Hauptrolle bei denselben England und Oesterreich-Ungarn übernommen hätten, deren Bestreben es sei, den Berliner Frieden auszuführen. Das Haus nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntniss.

London, 4. April, Nachts. (C. T. C.) Das Oberhaus hat sich heute bis zum 24. April vertagt. Im Unterhause fand im weiteren Verlaufe der Sitzung eine lange Debatte statt über den Antrag Briggs' auf Abschaffung des Baumwollzolles in Indien, da die Kosten für den Krieg in Afghanistan keinen genügenden Grund dafür böten, die Abschaffung dieses Zolles noch hinauszuschieben. Der Unterstaatssecretär für Indien, Stanhope, erklärte, die Regierung halte daran fest, die Zölle, den Finanzen Indiens entsprechend, nach und nach abzuschaffen; sie unterstütze den ersten Theil des Antrags Briggs', sei aber gegen den letzten Theil desselben. Der erste Theil wurde schliesslich ohne Abstimmung genehmigt, der letzte dagegen mit 166 gegen 84 Stimmen abgelehnt. Sardaeste brachte hierauf einen Zusatzantrag ein, in welchem ausgesprochen wird, das Haus erblicke mit Befriedigung in der jüngst vorgenommenen Zollreduction einen wichtigen Schritt in der Richtung der vollständigen Aufhebung der Zölle, zu welcher sich die Regierung verpflichtet habe. Sardaeste betrachtete dieses als ein Vertrauensvotum und beantragte die Vertagung der Debatte. Der Antrag Sardaeste's, für welchen sich auch die Regierung ausgesprochen hatte, wurde mit 161 gegen 62 Stimmen verworfen und statt dessen der Antrag des Sabatzkanzlers Northcote: das Haus nimmt die jüngste Zollreduction als einen Schritt in der Richtung der gänzlichen Aufhebung der Zölle auf, ohne Abstimmung genehmigt.

London, 5. April, Morgens. (C. T. C.) Die amtliche „London Gazette“ veröffentlicht in einer besonderen Ausgabe eine Depesche des Englischen diplomatischen Agenten von der Grenze des Zululandes vom 1. März. In dieser Depesche wird die Ankunft von Abgesandten des Königs Cetewayo gemeldet, welche erklärten, dass Cetewayo niemals den Krieg mit den Engländern gewünscht habe und dass er sogar noch versuchte, den Forderungen Sir Bartle Frères nachzukommen, als die Feindseligkeiten bereits begonnen hätten. König Cetewayo habe niemals die Absicht gehabt, die Engländer anzugreifen; der Kampf bei Isandula habe in Folge eines Angriffes der Englischen Cavallerie auf die Vorposten der Zulutruppen stattgefunden. Der General-Commandant der Zulutruppen sei wegen dieses Kampfes von seinem Posten entfernt worden, weil er die Soldaten nicht hinderte, an dem Gefechte theilzunehmen. Schliesslich bittet Cetewayo, die Feindseligkeiten zu suspendiren und die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

London, 5. April, Morgens. (C. T. C.) Die „Times“ erfahren, die Grossmächte hätten eine Mediation zu Gunsten Griechenlands im Princip beschlossen. — Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Rangoon vom 4. d. befürchtet man anlässlich der am 6. d. stattfindenden Krönung des Königs von Birma den Ausbruch von Unruhen.

Rom, 4. April, Abends. (C. T. C.) In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer gelangte die gestern vom Abg. Cavallotti angekündigte Ta-

gesordnung zur Berathung. Der Abg. Pucioni spricht gegen die republikanischen Vereine und erklärt, für die Regierung stimmen zu wollen. Der Abg. Crispi wiederholt, dass das monarchische Princip das Land einig, während die Republik dasselbe spalten würde, die Agitatoren entbehren der Macht, und würde die Nation den auf einen Umsturz gerichteten Tendenzen derselben nicht folgen, er billige die von der Regierung betrefis der Vereinsfreiheit abgegebenen Erklärungen. Der Abgeordnete Cairoli äussert sich in demselben Sinne, Bertani, von der äussersten Linken, vertheidigt das Verhalten seiner Freunde als ein stets legales, wogegen Finzi, Crispi und Cairoli die Nothwendigkeit, die Umsturzparteien zu unterdrücken, betonen. Der Abg. Zanardelli spricht sich im monarchischen Sinne aus, erklärt aber, für das Ministerium nicht stimmen zu können, wenn dasselbe die von ihm dargelegten Grundsätze betrefis der Vereine nicht acceptire. Der Abgeordnete Nicotera wird für eine Tagesordnung stimmen, welche die Politik der Regierung billigt und das Recht derselben betont, Vereine auflösen und Demonstrationen zu Gunsten des Umsturzes verhindern zu dürfen. In den Fragen der öffentlichen Ordnung sollte die Rechte mit der Linken übereinstimmend votiren. Hierauf nimmt der Ministerpräsident Depretis das Wort; derselbe bestätigt seine gestrigen Erklärungen, und sagt, dieselben seien wohl geeignet, die Zustimmung aller ordnungsliebenden Bürger zu finden. Das Ministerium wünsche die ausdrückliche Billigung der von ihm abgegebenen Erklärungen, da dasselbe unter den gegenwärtigen inneren wie äusseren Verhältnissen sich auf eine grosse Majorität stützen könne, er erkläre sich mit der Tagesordnung des Abgeordneten Spantigatti einverstanden, welcher die Resolution beantragte, dass die Kammer, nachdem sie die Erklärungen des Ministeriums vernommen habe, zur Tagesordnung übergehe. In Folge dieser Erklärung des Ministers ziehen die Abgg. Villa, Nicotera und Vare ihre Tagesordnungen zurück und die Abgg. Sella, Baccarini und Cairoli erklären, für die Tagesordnung Spantigatti's stimmen zu wollen, weil in derselben kein Ausdruck des Vertrauens enthalten sei. Der Minister Depretis entgegnet, dass durch ein solches Votum sich die Regierung nicht gestärkt fühlen könne, worauf Nicotera und Spantigatti erklären, dass die beantragte Tagesordnung das Vertrauen der Regierung bedeute. Die Abgg. Villa und Crispi wollen nur für den einfachen Uebergang zur Tagesordnung und nicht für den Vordersatz der Tagesordnung Spantigatti stimmen. Der Minister wiederholt, dass die Regierung eine Billigung ihrer dargelegten Principien und ihres Verhaltens gegen die republikanischen Vereine beanspruche. Der Abg. Sella unterstützt den Ausdruck des Ministers, indem er betont, dass nur ein einstimmiges Votum der Kammer in dieser Frage dem Ministerium einen festen Halt gebe. Die Tagesordnung Spantigatti wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 37 Stimmen angenommen.

Rom, 5. April, Vormittags. (C. T. C.) Nach einer Meldung des „Dritto“ ist der Consul Durando zum Geschäftsträger bei dem Fürsten von Montenegro ernannt worden und hat sich auf seinen Posten begeben.

Petersburg, 4. April. (M. T. B.) Es verlautet, dass der Finanzminister Baron von Greigh den Kaiser um Enthebung von seinem Posten gebeten hat und dass die Gewährung des Gesuchs auch zu erwarten sei.

Petersburg, 5. April. (C. T. C.) Mit Kaiserlicher Genehmigung ist beschlossen worden, die hiesige medico chirurgische Akademie mit Anfang des nächsten Lehrjahres in eine speciell militairisch-medizinische Akademie umzugestalten. Die Studierenden, deren Zahl auf 500 beschränkt wird, gelten als im Staatsdienst befindlich; dieselben werden sämtlich Stipendiaten sein gegen die Verpflichtung, für jedes Lehrjahr 1 1/2 Jahr im Heere zu dienen. Der Lehrkursus wird statt wie bisher fünfjährig nur ein dreijähriger sein und nur diejenigen Wissenschaften umfassen, welche jetzt in den drei höheren Cursum vorgetragen werden. Zur Aufnahme in die medicinische Akademie gelangen Studenten der ersten zwei Course der medicinischen und naturwissenschaftlichen Facultäten, welche das bezügliche Examen erfolgreich bestanden haben, dieselben

leisten beim Eintritt den Eid nach der festgestellten Formel.

Washington, 4. April, Abends. (C. T. C.) Die Zeichnungen auf die neuen 4 % Bonds belaufen sich heute auf 59,512,750 Dollars. Schatzsecretär Sherman hat heute den Rest der 5/20er Bonds vom Jahre 1867 einberufen und wird morgen sämtliche 5/20er Bonds vom Jahre 1868 einberufen. Damit ist die Einberufung der ganzen Serie der 5/20er Bonds beendet.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 5. April.

— Heute gedenkt sich der Bundesrath zu vertragen, nachdem er vorher noch das Tabaksteuer gesetz durchberathen haben wird. Man ist sehr gespannt, wer die hauptsächlichliche Vertretung der Zoll- und Steuervorlagen vor dem Reichstag übernehmen werde. Ob der Regierungspräsident v. Bötticher bis dahin das Reichsschatzamt angetreten haben wird, ist noch immer zweifelhaft. Ist dies nicht der Fall, so wird die parlamentarische Vertretung wohl vorzugsweise dem Reichskanzleramtpräsidenten Hofmann und dem Finanzminister Hobrecht zufallen.

— Die Repartition in Beziehung auf die ganz kolossalen Zeichnungen auf die 4 1/2 % Pfandbriefe der Central-Bodencredit-Actiengesellschaft ist den einzelnen Zeichnungsstellen überlassen worden, eine allgemein gültige Norm dafür also nicht anzugeben. Im Durchschnitt wird man annehmen dürfen, dass ca. 4 bis 6 % der gezeichneten Summe wirklich werden zugetheilt werden.

— Man schreibt aus Pest: In den intimen Circeln des Finanzministers herrscht seit einigen Tagen eine sehr gehobene Stimmung. Es sind nämlich verbürgte Nachrichten über den Fortgang des Ungarischen Rentengeschäftes eingelaufen, die so viel bedeuten, dass der Ungarische Finanzminister die Conversion der Schatzbons zweiter Emission schon jetzt als eine abgethane Sache betrachten kann. Nach den sichersten Informationen hat das mit dem Renten- und Conversions-Geschäft betraute Consortium bis jetzt 106 bis 110 Millionen Ungarischer Goldrente zu steigenden Coursen immer im vorausgegangenen Einvernehmen mit dem Finanzminister begeben und ausserdem nahezu 38 Millionen Schatzbons zweiter Emission, somit mehr als die Hälfte der zu convertirenden Schuld, angekauft, welche Bons, wohlverwahrt, theils in den Kassen des Grafen Szapary, theils in jenen des Consortiums ruhen. Die bisher verkauften Titres Ungarischer Goldrente aber reichen vollständig hin, um die Conversion der gesammten 75 Millionen Schatzscheine durchzuführen. Die Begebung der Rente wurde auf kurze Frist sistirt, und das seither auf den Europäischen Börsen entrichtete kolossale Geschäft in diesem Effecte ist lediglich auf die Speculation des Privat-Capitals zurückzuführen. In der Umgebung des Finanzministers hegt man nunmehr die Anschauung, dass die Conversion auch dann als meritorisch, wenn auch nicht technisch durchgeführte Operation angesehen werden könne, wenn die Begebung der Rente selbst bis zum 1. August oder darüber hinaus sistirt werden müsste, da das Consortium verpflichtet ist, dem Finanzminister für jeden weiteren Bedarf mit Vorschüssen zu dienen, deren Zinssuss ein billigerer als jener der Goldrente ist. Es darf indessen angenommen werden, dass die leitenden Finanzkräfte, die günstige Constellation benützend, auf Wunsch des Grafen Szapary zu gelegener Zeit die weitere Begebung in der bisher beobachteten geräuschlosen Weise aufnehmen werden. Wenn es gelingt — und dieser Fall ist nach der jetzt herrschenden Stimmung sehr wahrscheinlich — die noch unbegebenen Titres nur zu den bisher erzielten Coursen zu veräußern, so wird Graf Szapary um 4 Millionen in Gold mehr durch die Rente einnehmen, als beim Abschlusse des Vertrages mit dem Consortium präliminirt worden ist; diese Summe reicht beinahe gänzlich aus, um den Mehrbedarf für den Ankauf der Waagthalbahn, sowie den Steuerausfall aus der Theisagegend zu bedecken; den letzteren hat die Finanz-Landes Direction in Ofen, wie es heisst, auf Grund gewissenhafter Berechnungen, auf anderthalb Millionen be-